

Motion Margrith Beyeler-Graf (SP), Verena Furrer-Lehmann (GFL), Urs Jaberg (FDP), Christoph Müller (FDP), Margrit Stucki-Mäder (SP), Ueli Stückelberger (GFL): Aktive Wohnpolitik: Massnahmen für die Legislaturplanung 2005-2008

Im Februar 2003 haben die Stadtparteien FDP, SP und GFL ihr gemeinsames Positionspapier zum Thema „Wohnen“ vorgestellt. Dieses Positionspapier beinhaltet konkrete Forderungen für die nächsten 10 Jahre. In einem nächsten Schritt haben die Mitglieder der tripartiten Arbeitsgruppe „Wohnen“, die zu einem grossen Teil mit den Unterzeichnenden identisch sind, Ziele und Massnahmen für die kommende Legislatur 2005-2008 ausgearbeitet. Diese Ziele und Massnahmen, die bewusst möglichst konkret und messbar formuliert wurden, liegen diesem Vorstoss als Beilage bei. Die Unterzeichnenden sind überzeugt, dass eine aktive Wohnpolitik auch in der nächsten Legislatur ein Schwergewicht des Gemeinderats bilden muss.

Die Unterzeichnenden respektieren den Ausgang der Abstimmung betreffend die Planung „Viererfeld“. Sie schliessen aus diesem Ergebnis jedoch nicht, dass die im Februar 2003 gemeinsam vorgestellten Massnahmen betreffend Wohnen falsch gewesen wären bzw. dass wegen der verlorenen Vorlage „Viererfeld“ die Strategie zu ändern wäre. Vielmehr sind sie der Ansicht, dass gerade deswegen der Dialog über die Blöcke hinaus möglichst früh gesucht werden muss, was die Akzeptanz von Vorlagen erhöht, und dass umso mehr andere Massnahmen notwendig sind.

Ziel dieses Vorstosses ist, dass der Gemeinderat die von den Unterzeichnenden vorgeschlagenen Ziele und Massnahmen möglichst unverändert in seine Legislaturplanung 2005-2008 übernimmt und sich möglichst konkrete Ziele setzt.

Aus diesen Gründen wird der Gemeinderat beauftragt, die Vorschläge gemäss Beilage zu prüfen und in seine Legislaturplanung 2005-2008 zu übernehmen.

Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Bern, 17. Juni 2004

Motion Margrith Beyeler-Graf (SP), Verena Furrer-Lehmann (GFL), Urs Jaberg (FDP), Christoph Müller (FDP), Margrit Stucki-Mäder (SP), Ueli Stückelberger (GFL), Andreas Zysset, Philippe Müller, Hans Peter Aeberhard, Oskar Balsiger, Andreas Flückiger, Guglielmo Grossi, Ruedi Keller, Christian Michel, Thomas Göttin, Beat Zobrist, Rosmarie Okle Zimmermann, Rolf Schuler, Margareta Klein-Meyer, Sylvia Spring Hunziker, Sabine Schärner, Andreas Krummen, Corinne Mathieu, Walter Christen, Raymond Anliker, Barbara Streit-Stettler, Michael Straub, Anna Coninx, Peter Künzler, Stephan Hügli-Schaad, Markus Blatter, Kurt Hirsbrunner, Max Suter, Jacqueline Gafner Wasem, Thomas Balmer, Heinz Rub, Rolf Häberli, Karin Feuz-Ramseyer, Hans-Ulrich Suter, Markus Kiener, Ueli Haudenschild

Antwort des Gemeinderats

Beim vorliegenden Vorstoss handelt es sich um eine Motion im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats. Sollte sie vom Stadtrat erheblich erklärt werden, käme ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Der Gemeinderat ist mit der Stossrichtung der Richtlinien und Massnahmen für die Wohnpolitik in der Legislaturperiode 2005-2008 im Wesentlichen einverstanden. Die Ziele und Vorschläge decken sich weitgehend mit seinen eigenen Vorstellungen. Auch der Gemeinderat hat die feste Absicht, seine Bemühungen um

- die Schaffung von marktkonformem neuen Wohnraum, insbesondere von Gross- und Familienwohnungen;
- die Rückführung von zweckentfremdetem Wohnraum;
- die Verbesserung der Wohnumfeldqualität und
- die planerische Bearbeitung neuer Wohnzonen

mit Nachdruck weiterzuführen. Dementsprechend wird die Wohnpolitik angemessen in die neuen Legislaturrichtlinien aufgenommen werden.

Die Formulierung dieser Richtlinien ist eine Aufgabe der Regierung. Der Gemeinderat wird bei der Erarbeitung seines „Regierungsprogramms“ berücksichtigen, was aufgrund der politischen Gegebenheiten an Zielen erreichbar und an Massnahmen realisierbar erscheint. Aber was aus der letzten Legislatur fortzuschreiben und was neu anzupacken ist und wie die gesamtpolitischen und fachspezifischen Prioritäten gesetzt werden, hat im Rahmen der Legislaturrichtlinien er zu bestimmen, da am Ende auch er an den erzielten Ergebnissen gemessen wird. Der neu gewählte Gemeinderat wird diese Arbeiten wie üblich im ersten Halbjahr des ersten Legislaturjahrs, also 2005, anpacken und dem Stadtrat die Legislaturrichtlinien anschliessend zur Kenntnisnahme unterbreiten.

Aus diesen grundsätzlichen Überlegungen heraus lehnt der Gemeinderat die vorliegende Motion ab. Weil aber, wie oben erwähnt, die Anliegen der tripartiten Arbeitsgruppe Wohnen die gleiche Stossrichtung aufweisen wie die Wohnpolitik des Gemeinderats, ist dieser bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Der Prüfungsbericht wird mit den Legislaturrichtlinien erstattet.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen. Er ist aber bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 24. November 2004

Der Gemeinderat

Beilage:

Ziele und Massnahmen für eine aktive Wohnpolitik